



Kommentar Peter Bußjäger

Der Basar

Da sich in der politischen Berichterstattung allmählich das sogenannte Sommerloch auftut, rückt wieder die Diskussion über den Föderalismus in den Mittelpunkt. Die Bundesregierung hat vor einiger Zeit eine geplante Verfassungsänderung in die Begut-

Völlig zu recht fordern die Länder **Verhandlungen auf Augenhöhe**.

achtung versendet, mit der einige Kompetenzen entflochten werden sollen. So sieht der Entwurf beispielsweise die ausschließliche Zuständigkeit der Länder für die Kinder- und Jugendhilfe vor.

Der Plan liest sich aus Perspektive der Länder recht passabel, was dem Umstand zu verdanken ist, dass die wirklich heiklen Punkte, wie zum Beispiel die Spitäler oder das Elektrizitätswesen, ausgeklammert sind. Letztere sollen in einer Arbeitsgruppe beraten werden. Was mit der Mindestsicherung passieren soll, weiß auch niemand.

Verfassungsminister Josef Moser möchte die Gesetzgebung für die Spitäler in Zukunft beim Bund sehen. Auch in der Spitalsplanung sollen die Länder entmachtet werden. Außerdem hätte er gerne mehr Kompetenzen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung und im Datenschutz beim Bund. Über alle diese Punkte wurde bisher nicht gesprochen, die angekündigte Arbeitsgruppe hat noch nicht getagt.

Völlig zu recht fordern die Länder Verhandlungen auf Augenhöhe. Davon kann nämlich keine Rede sein, wenn die Ergebnisse

praktisch schon vorliegen.

Da die Regierungsparteien im Parlament über keine Verfassungsmehrheit verfügen, ist sowieso fraglich, ob und in welcher Form sie die angestrebte Reform umsetzen können. Die Haltung der Neos und der Liste Pilz ist dabei irrelevant. Entscheidend ist vielmehr, dass im Bundesrat die SPÖ bei der geplanten Verfassungsänderung über eine Art Sperrminorität verfügt.

Nach den Gepflogenheiten der Politik wird die SPÖ der Bundesregierung sicherlich zu keinem Erfolg verhelfen, sofern man ihr keine Gegengeschäfte anbietet, ob das Projekt nun sinnvoll sein mag oder nicht. In diesem Sinn wurde von der Bundes-SPÖ bereits angekündigt, die ursprünglich geplante Übertragung der Kinder- und Jugendhilfe in die ausschließliche Landeskompetenz abzulehnen. Man muss jedoch davon ausgehen, dass noch weitere Gegengeschäfte hinzukommen.

Für die Länder ist diese Situation doppelt schwierig: Sie sind in den noch offenen Punkten mit massiven Zentralisierungswünschen des Bundes konfrontiert, die im Parlament sicherlich eher noch getoppt als eingeschränkt werden. Auf der anderen Seite werden sie zum Spielball auf einem Basar der Bundesparteien. Große Fortschritte können auf dieser Basis nicht erwartet werden.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.